



Aktueller Begriff

Humanitäre Krise der Rohingya in Myanmar und Bangladesch

Dieser Aktuelle Begriff ist Teil der Reihe „Übersehene humanitäre Krisen in der Welt.“

Die **Rohingya** sind eine ca. 1,1 Mio. Menschen umfassende ethnische und religiöse Minderheit, die mindestens seit dem 19. Jahrhundert im Staat Rakhaing (engl.: Arakan) im Westen von Myanmar (Birma) lebt. Schon seit Jahrzehnten und insbesondere seit 2017 ist sie massiver Unterdrückung durch den Staat ausgesetzt. Die kurze Phase der Demokratisierung von 2016 (Freilassung der Anführerin der Demokratiebewegung Aung San Suu Kyi) bis 2021 (Putsch und erneute Machtübernahme des Militärs nach einem Wahlsieg der Demokratiebewegung) brachte mithin sogar eine Intensivierung der Unterdrückung. Die Gründe sind komplex und umfassen Rassismus, Anti- und Binnenkolonialismus, ethnische Konflikte zwischen Rohingya und Arakanesen sowie buddhistischen Ultrationalismus. Mit der Begründung, die Rohingya seien im 19. Jh. illegal aus Bengalen eingewandert oder von den britischen Kolonialherren angesiedelt worden, wurde den Rohingya 1982 die Staatsbürgerschaft aberkannt. Dies machte sie zu Staatenlosen und schließt sie von allen staatlichen Leistungen, wie Schulbesuch, Eheschließung und medizinischer Versorgung aus. Neben der rechtlichen Diskriminierung ist es aber vor allem die massive Gewalt durch Militär und Zivilisten, unter der die Rohingya zu leiden haben. Geschäfte, Moscheen und Dörfer wurden zerstört, fast der gesamte Grundbesitz enteignet. Laut UN wurden tausende Rohingya Opfer von systematischer Folter, Vergewaltigung und Mord. Beim Internationalen Strafgerichtshof läuft deswegen eine **Untersuchung wegen möglichen Völkermords** gegen Myanmar.

Aufgrund des islamischen Glaubens der Rohingya versucht das Regime oft, deren Unterdrückung nach außen als „Kampf gegen islamistischen Terror“ darzustellen. Tatsächlich sind jedoch auch andere ethnische und religiöse Minderheiten in Myanmar (z.B. die christlichen Chin) starker Repression ausgesetzt. Einige von ihnen leisten, anders als die Rohingya, seit Jahrzehnten organisierten bewaffneten Widerstand. Als Reaktion auf die Bedrohung durch Militär und Zivilisten haben sich, dem Vorbild solcher Gruppen folgend, in den letzten Jahren auch ca. 31.000 Rohingya in Milizen organisiert, wovon die 2021 gegründete Arakan Army (ca. 30.000 Mitglieder) die größte ist. Das Regime führt ihre Existenz als Grund für noch stärkere Verfolgung aller Rohingya an.

Die Verfolgung hat ca. **1 Mio. Rohingya zur Flucht nach Bangladesch gezwungen**; davon 730.000 allein in der zweiten Jahreshälfte 2017. Myanmar beharrt darauf, dass die Rohingya illegale Einwanderer aus Bangladesch und somit dessen Staatsbürger seien, was dieses jedoch bestreitet. Tatsächlich weist Bangladesch immer wieder Rohingya an der Grenze ab und weigert sich auch, trotz unzweifelhafter staatlicher Verfolgung der Rohingya in Myanmar, ihnen formell Asyl zu gewähren oder sie auch nur als Flüchtlinge zu bezeichnen. Dabei verweist es auf ein Rücknahmeabkommen mit Myanmar vom November 2017, das jedoch faktisch noch keinem Rohingya die Rückkehr nach Myanmar ermöglicht hat. Stattdessen werden die Rohingya in

Lagern unter humanitär völlig unzureichenden Bedingungen nahe der Stadt Cox's Bazar interniert. Bangladesch verhält sich laut Experten ambivalent: Zum einen versuchen Regierung und politische Parteien, durch Hilfe für die Rohingya international sowie bei religiösen Teilen der eigenen Wählerschaft Prestige zu gewinnen, zum anderen sind sie weder willens noch imstande, eine menschenwürdige Versorgung, geschweige denn eine dauerhafte Aufnahme so vieler Menschen sicherzustellen. Die Premierministerin Bangladeschs, Sheikh Hasina, forderte im Oktober 2022 in einer Rede vor der UN-Generalversammlung u.a., stärkeren Druck auf Myanmar auszuüben – dies scheitert aber unter anderem an China und Russland, die das dortige Militärregime als für sie nützlicheren Partner betrachten als eine demokratische, womöglich pro-westlichere Regierung. So haben die Behörden Bangladeschs die Versorgungssituation der Rohingya in den letzten beiden Jahren offenbar bewusst verschlimmert und z.B. Behelfsschulen und Geschäfte in den Lagern abgerissen sowie die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge eingeschränkt. Sie werden immer öfter Opfer von Erpressung durch Polizeikräfte oder sehen sich gezwungen, für Drogenbanden zu arbeiten oder sich zu prostituieren. Immer mehr Rohingya versuchen daher, aus Bangladesch zu fliehen.

Da die Heimkehr keine Option ist, wagen viele den Versuch, auf Booten über das Meer in die indonesische Provinz Aceh zu gelangen. Dabei sind bislang hunderte Menschen ertrunken, die Dunkelziffer dürfte sehr hoch sein. Auch Indonesien bietet den Flüchtlingen keine Bleibeperspektive. Zwar sind die Bedingungen in den Aufnahmelagern in Aceh besser als in Bangladesch, doch schickt Indonesien immer wieder Rohingya dorthin zurück. Einige versuchen, den Flüchtlingslagern zu entkommen und über die Straße von Malacca weiter nach Malaysia zu gelangen. Die indonesische Küstenwache hat allein im Jahre 2022 hunderte von Rohingya aufgegriffen. Viele davon hatten zuvor schon mindestens einmal Aceh erreicht.

Aktuell herrscht in Teilen Myanmars faktisch Bürgerkrieg; das Regime hat im Februar 2023 in mehreren Landesteilen, darunter Rakhaing, das Kriegsrecht verhängt. Innerhalb des Landes gibt es ca. 1,5 Mio. Binnenflüchtlinge.

Die Lage der Rohingya ist **nicht nur eine humanitäre Krise, sondern birgt auch das Potenzial eines zwischenstaatlichen Konfliktes zwischen Myanmar und Bangladesch**, denn bei den Versuchen des Militärs, echte oder angebliche Mitglieder bewaffneter Rohingya-Milizen in unmittelbarer Nähe der Grenze zu bekämpfen, wurden bereits mehrere Bürger Bangladeschs getötet oder verwundet. Im September 2022 verletzte die myanmarische Luftwaffe den bengalischen Luftraum; ebenso gab es Detonationen an der Grenze, bei denen Menschen in Bangladesch getötet wurden. Myanmar macht dafür die Arakan Army verantwortlich, aber Experten vermuten, dass das myanmarische Regime durch gezielte Provokationen versucht, Bangladesch dazu zu bringen, auf seinem Staatsgebiet gegen die Rohingya bzw. die Arakan Army vorzugehen.

Quellen:

- Thomas Kean, Five Years On, Rohingya Refugees Face Dire Conditions and a Long Road Ahead, International Crisis Group am 22. August 2022, <https://www.crisisgroup.org/asia/south-east-asia/myanmar/five-years-rohingya-refugees-face-dire-conditions-and-long-road-ahead>
- Internationale Reaktionen auf die Verfolgung der Rohingya in Myanmar, insbes. S. 4 – 11, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags am 27. April 2017, WD 2 - 3000 - 037/17, <https://www.bundestag.de/resource/blob/509980/ea510c63658bebee42469a985d01b4cc/WD-2-037-17-pdf-data.pdf>
- Anu Anwar, Does anyone want to solve the Rohingya crisis?, The Diplomat am 2. Februar 2023, <https://thediplomat.com/2023/02/does-anyone-want-to-solve-the-rohingya-crisis/>